

EUROPA

"Von mir aus schon morgen"

EU-Kommissar Algirdas Šemeta will die Steuer auf Finanztransaktionen. Hat er eine Chance?

VON Matthias Krupa;Claas Tatje | 19. April 2012 - 08:00 Uhr

© Philippe Lopez/AFP/Getty Images



Algirdas Šemeta

Im Herbst vergangenen Jahres stellte EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta seine Pläne für eine Finanztransaktionssteuer vor. Auf das Geschäft mit Aktien, Anleihen und Derivaten soll künftig ein Steuersatz zwischen 0,01 und 0,1 Prozent entfallen. Wegen enormer Handelsumsätze rechnet die Kommission mit jährlichen Einnahmen von bis zu 57 Milliarden Euro – und hofft zugleich auf dauerhaft eigene Einnahmequellen. Doch einige Mitgliedsstaaten wehren sich .

DIE ZEIT: Herr Kommissar, Sie haben viel versprochen. Wo bleibt denn nun die Finanztransaktionssteuer ?

Algirdas Šemeta: Wann immer Sie in ganz Europa eine Steuer einführen oder ändern wollen, dauern die Verhandlungen Jahre. Unser Vorschlag kam im September, und seitdem wurden schon eine Menge Fortschritte gemacht.

ZEIT: Zum Beispiel?

ALGIRDAS ŠEMETA

Der Wirtschaftsmathematiker Algirdas Šemeta arbeitete bereits mit 28 Jahren für das litauische Wirtschaftsministerium. Später war er in seiner Heimat Chef der Wertpapieraufsichtsbehörde und des Amtes für Statistik. Vom Amt des Finanzministers wechselte der konservative Politiker 2009 nach Brüssel. Seit 2010 ist der 49-Jährige in der EU-Kommission für Steuern, Zölle und Betrugsbekämpfung zuständig

Šemeta: Die dänische Ratspräsidentschaft hat eine erste Diskussion abgeschlossen, jetzt geht es um die technische Umsetzung. In jedem Fall kann ich versichern: Die Finanztransaktionssteuer wird nicht beerdigt. Im Gegenteil, die Arbeit geht gerade los.

ZEIT: Bei allem Respekt: Die Debatte begann doch mit Ausbruch der Finanzkrise 2008.

Šemeta: Der konkrete Vorschlag kam im September 2011. Dann begann die ernsthafte Auseinandersetzung. Die Arbeit läuft.

ZEIT: Bisher scheinen die Regierungen jeden Versuch, den Finanzmarkt zur Kasse zu bitten, systematisch auszuhebeln.

Šemeta: Noch beim jüngsten Finanzministertreffen war allen bewusst, dass der Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt werden muss. Das können nicht allein die Steuerzahler schultern. Aber wie wir das konkret umsetzen, darüber debattieren wir derzeit. Auf Grundlage unseres Vorschlags, der alle Märkte, alle Akteure und alle Finanzinstrumente regulieren würde.

ZEIT: Großbritannien lehnt die Vorschläge – aus Sorge um den Finanzplatz London – ab. Warum können Sie aber nicht einmal die Euro-Zone von Ihrem Vorschlag überzeugen?

Šemeta: Zunächst einmal: Kein Mitgliedsland hat unseren Vorschlag offiziell abgelehnt. Es geht Schritt für Schritt voran.

ZEIT: Na ja, am Ende steht ein Kompromiss.

Šemeta: Der deutsche Finanzminister hat gerade einen interessanten Vorschlag gemacht. Man könnte ein Instrument wie die Börsenumsatzsteuer einführen – mit der sich viele recht zügig arrangieren könnten – und dann im zweiten Schritt die komplexe, große Aufgabe einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer weiterverfolgen. Die Frage ist: Wie findet man einen Kompromiss, mit dem sich alle anfreunden können? Wolfgang Schäuble und andere haben aber immer wieder auch Unterstützung für unseren Vorschlag signalisiert.

ZEIT: Was wollen Sie dem Verhandlungsergebnis auf keinen Fall opfern?

Šemeta: Auch Derivate müssen der Besteuerung unterworfen sein. Die Basis muss so breit wie möglich sein.

ZEIT: Wie viele Mitgliedsstaaten sind noch dagegen?

Šemeta: Tschechien und Großbritannien sind skeptisch. Bisher war auch Schweden zurückhaltend, aber beim jüngsten Finanzministertreffen sehr dialogbereit. Auch die Niederländer sind etwas offener geworden. All das ebnet den Weg für einen Kompromiss.

ZEIT: Zwei Drittel der Bevölkerung sind für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte. Wie erklären Sie der Öffentlichkeit, dass Politiker sich nicht um den Willen der Wähler scheren?

Šemeta: Ich arbeite hart dafür, der Kommissionspräsident Barroso auch...

ZEIT: ...Herr Schäuble ruderte zuletzt zurück.

Šemeta: Nein. Ich habe oft mit ihm darüber gesprochen. Er hält unseren Vorschlag für die beste Lösung. Es wäre ein großer Fehler, wenn die Politiker nicht die Forderung ihrer Wähler unterstützten. Es passiert ja selten, dass Bürger neue Steuern fordern...

ZEIT: ...und sogar solche, die aus Brüssel vorgeschlagen wurden.

Šemeta: Nur müssen am Ende alle 27 Staaten zustimmen. Es liegt nun an den Wählern, den Druck aufrechtzuerhalten.

ZEIT: Sie klingen wie ein Mitstreiter der Occupy-Wall-Street-Bewegung.

Šemeta: Zwei Drittel der Bevölkerung unterstützen unseren Vorschlag. Das sind deutlich mehr als Occupy Wall Street.

ZEIT: Es mehren sich Stimmen gegen die neue Steuer, weil sie angeblich Tausende Jobs und Wachstum kosten könnte, während die EU mitten in der Rezession steckt.

Šemeta: Viele Länder überall in Europa erhöhen gerade die Steuern – auf Einkommen, auf Kapitalerträge. Isoliert betrachtet, kostet das wie bei jeder Steuer Wachstum. Aber im Falle der Finanztransaktionssteuer wären es nur 0,5 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung in 40 Jahren. Aufs Jahr gerechnet sind das nur 0,01 Prozent. Die Erträge liegen bei 57 Milliarden Euro im Jahr. Wenn Sie das klug investieren, schafft diese Steuer sogar Wachstum. Die Steuer könnte zudem dazu beitragen, dass weniger spekuliert wird und der Finanzsektor einen Teil der Kosten für die Krise übernimmt. Das sind unsere Ziele.

ZEIT: Die Steuer kostet also keine Arbeitsplätze?

Šemeta: Langfristig betrachtet nicht.

ZEIT: Langfristig sind wir alle tot.

Šemeta: Es gibt keine ernsthaften Argumente gegen diese Steuer. Die Vorteile überwiegen deutlich. Sie würde auch Vertrauen schaffen: Wenn sich die Finanzinstitute an den Krisenkosten beteiligen, verbessern sie ihren Ruf.

ZEIT: Es gibt zwei Möglichkeiten: Weitermachen mit 27 und viel weniger erreichen, als Sie vorgeschlagen haben, oder mehr zu bekommen mit wenigen. Was ist Ihnen lieber?

Šemeta: Erst mal müssen wir versuchen, alle 27 an Bord zu halten. Das wird schwer, aber solange ich kein klares Nein aus Großbritannien höre, machen wir mit 27 weiter.

ZEIT: Die Briten nehmen Ihnen nicht die Hoffnung?

Šemeta: Wenn Sie am Ende Nein sagen, machen wir in kleinerer Runde weiter. Ein Schritt folgt dem anderen.

ZEIT: Sie haben vorgeschlagen, dass ein Teil der Einnahmen direkt in das EU-Budget fließt. Dann hätte die Union endlich ihre eigene Steuer.

Šemeta: Nein. Eine Möglichkeit zur Eigenfinanzierung der EU wäre zwar eine Steuer auf Finanztransaktionen, die zu zwei Drittel zum Haushalt der Union beitrüge. Es würden allerdings im selben Moment die Beiträge der Mitgliedsstaaten um eben diesen Betrag sinken. Praktisch bedeutet das: Jeder Euro Steuereinnahmen kommt den Mitgliedsstaaten zugute. Für Deutschland geht es beispielsweise um eine Entlastung von zehn Milliarden Euro im Jahr.

ZEIT: War es klug von der Kommission, die Frage der Finanztransaktionssteuer mit der Debatte um eigene Einnahmen zu vermengen?

Šemeta: Mir geht es zunächst mal um die Steuer an sich, wer sie bekommt, ist zweitrangig.

ZEIT: Es mag Europäer geben, die eine Finanztransaktionssteuer unterstützen, Steuereinnahmen für Brüssel aber ablehnen.

Šemeta: Es gibt ja keine Steuer für Brüssel!

ZEIT: Aber die Spielregeln ändern sich: Wenn eine neue Steuer erst mal eingeführt ist, kann man recht schnell die Höhe ändern.

Šemeta: Nein, jede Entscheidung über die eigenen Einnahmen der EU muss zusätzlich zu einer Zustimmung der Regierungen von allen 27 Parlamenten verifiziert werden.

ZEIT: Was hat man dann von dem Aufwand?

Šemeta: Jeder Haushalt würde entlastet. Heute werden drei Viertel des europäischen Haushalts über Beiträge der Mitgliedsländer bestritten. Dieser Beitrag könnte signifikant sinken.

ZEIT: Haben Sie eine Idee, wann die Finanztransaktionssteuer in Europa eingeführt wird?

Šemeta: Von mir aus schon morgen. Aber der Ball liegt bei den Mitgliedsstaaten.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2012/17/F-Interview-Semeta>